Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 294 — 86. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 19. Dezember 1927

Das dritte Dawes-Jahr.

Mit reichlicher Verspätung veröffentlicht jetzt der Reparationsagent seinen und seiner Unteragenten Bericht über das dritte „Dawes-Jahr", das bereits am 1. September abgelaufen war. Man hat dem Erscheinen dieses natürlich wieder sehr umfangreichen Berichts mit einiger Spannung entgegengesehen im Hinblick auf die Auseinandersetzungen, die zwischen Parker Gilbert und der deutschen Reichsregierung Ende Oktober stattgefunden hatten und die so großes Aufsehen in Deutschland und auch darüber hinaus erregten. Daß der Generalagent feststellt, Deutschland habe seine Verpflichtungen aus dem Dawes-Abkommen auch im dritten Jahre restlos und pünktlich erfüllt, können wir zwar „mit Genugtuung" aufnehmen; aber diese Genugtuung hat einen für uns sehr säuerlichen Beigeschmack!

Wichtiger aber als diese Feststellung sind die Schlußfolgerungen, die der Reparationsagent aus der ganzen bisherigen Entwicklung der Dawes-Zahlungen zieht und die er in seinem Memorandum an die Reichsregierung bereits andeutete; man kann sie kurz dahin zusammenfassen: Parker Gilbert weiß nicht, wie er die in breiteren und immer breiteren Strömen in seine Kasse hereinflutenden deutschen Zahlungen verwerten soll, ohne die deutsche Währung durch Überweisung größerer Summen in bar an die Reparationsgläubiger zu gefährden. Nicht die Erfüllungsmöglichkeit des Dawes-Planes an sich ist zum Kern des ganzen Problems geworden, sondern dieser Bartransfer, die Verwendung der Gelder für deutsche Sachlieferungen, die mit Reichsmark bezahlt werden, also des Ankaufs von Devisen nicht benötigen, stößt auf immer engere Grenzen, ist jetzt auf die Hälfte der Gesamtsumme herabgesunken. Was also tun? Die Gläubiger, besonders England und Frankreich, wollen mehr bares Geld sehen.

Da macht nun Parker Gilbert einen Vorschlag, der darauf hinausläuft, die deutsche Reparationsschuld endgültig festzusetzen auf einer absoluten Grundlage, die keinerlei Maßnahmen zum „Schutze des Transfer" vorsieht. Das heißt nichts anderes, als daß die Vorteile, die uns der Dawes-Plan hinsichtlich der Beschränkung des Bartransfers-Stabilerhaltung der deutschen Währung — gewährt, wegfallen sollen, die deutsche Regierung „unter eigener Verantwortlichkeit, ohne ausländische Überwachung und ohne Transferschutz" handelt. Das heißt weiter zwar eine entschiedene und — entscheidende Kritik an den Grundlagen des ganzen Dawes-Planes ausüben, heißt aber vor allem: Deutschland ist verantwortlich nicht bloß für die Aufbringung der Zahlungen, sondern auch für ihre Transferierung. Hiergegen wird man in Deutschland — so theoretisch verlockend an und für sich namentlich wegen des künftigen Fortfalles jeder ausländischen Kontrolle ein solcher Vorschlag ist — doch die stärksten Bedenken geltend machen müssen, solange nicht unser gesamtes Wirtschafts- und Finanzsystem auf eine ganz andere Grundlage gestellt, nämlich sehr viel besser konsolidiert sind, damit nicht durch einen Fortfall jeglichen Schutzes unsere Währung, die durch die wachsende deutsche Auslandsverschuldung und durch die große Passivität unserer Zahlungs- und Handelsbilanz schwer bedroht ist, nun auch noch durch einen hemmungslosen Bartransfer neuen Gefahren ausgesetzt wird.

Eines jedenfalls geht aus Parker Gilberts Bericht hervor: der Dawes-Plan steht schon jetzt mitten in der Krise.

Die Wahlvorschläge der Splitterparteien anerkannt.

Die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat durch seinen Präsidenten Ogg folgende Entscheidung verkünden lassen: In dem Streit der Aufwertungs- und Volksrechtspartei Mecklenburg gegen das Land Mecklenburg ist dahin entschieden worden:

1. Die Verordnung vom 5. Mai 1927 und die Abänderung des mecklenburgischen Landtagswahlgesetzes vom 30. Januar 1919 verstößt gegen § 35 des mecklenburg-strelitzschen Landesgrundgesetzes.
2. § 8 Absatz 2 Satz 1—3 des Landtagswahlgesetzes verstoßen in der ihnen durch die Verordnung vom 5. Mai 1927 gegebenen Fassung gegen die Reichsverfassung.
3. Die weiteren Anträge der Parteien werden zurückgewiesen.

Im gleichen Sinne ist entschieden worden in der Klagesache der Volksrechtspartei Hamburg gegen das Land Hamburg.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hat weittragende politische Bedeutung und sie wird wahrscheinlich auch für die beklagt gewesenen Staatsregierungen politische Folgen haben. In Mecklenburg-Strelitz, in Hamburg und in Hessen waren an die

Zulassung von Wahlvorschlägen

für die letzten Landtagswahlen unter Abänderung der bestehenden Landeswahlgesetze und zum Teil auch in Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung Bedingungen geknüpft, durch die es einzelnen kleinen Parteien nicht möglich war, ihre Wahlvorschläge einzubringen. Es handelt sich in Mecklenburg-Strelitz und in Hamburg um die Aufwertungspartei, in Hessen um die Reichspartei des deutschen Mittelstandes und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Bedingungen lagen in der Richtung, daß eine bedeutende Zahl von Unterschriften für die betreffenden Wahlvorschläge neben einer hohen Kaution gefordert wurden, außerdem mußten die Unterschriften in Hessen auf den Bürgermeisterämtern geleistet werden. Die drei Staatsregierungen werden sich über eine nachträgliche Korrektur ihres Vorgehens nun direkt mit den Parteien auseinanderzusetzen haben.

Der Konflikt in der Eisenindustrie noch nicht behoben

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Arbeitgeber.

Die Stillegungsdrohung bleibt aufrechterhalten.

In einer Begründung der Ablehnung des Schiedsspruchs in der Eisenindustrie durch die Arbeitgeber wird u. a. darauf hingewiesen, daß in dem Teil des Schiedsspruchs, der die Arbeitszeit regelt, die Röhrengießereien und Hochöfengießereien nicht berücksichtigt seien. Es sei unmöglich, in diesen Betrieben in der 3X Achtstunden-Schicht zu arbeiten, da sonst ein erheblicher Produktionsausfall zu befürchten sei. Sinngemäß müsse für diese Betriebe die gleiche Regelung eingeführt werden wie für die Hammer- und Preßwerke und die entsprechenden Walzwerke.

Weiterhin geht die Begründung auf die durch den Schiedsspruch vorgenommene Erhöhung der Lohnzuschläge für Mehrarbeit von 12,5 auf 25 Prozent ein. Die Arbeitgeberseite habe, um ein Entgegenkommen zu zeigen, freiwillig eine Erhöhung von 12,5 auf 15 Prozent angeboten, sie müsse darum nach dem ganzen Gang der Verhandlungen über die unerwartete Erhöhung auf 25 Prozent bestürzt sein. Die Exportfähigkeit sowohl der eisenschaffenden wie der eisenverarbeitenden Industrie, deren mißliche Lage auch von den Gewerkschaften anerkannt worden sei, werde bei Bestehenbleiben des Spruchs weiter verringert. Stattdessen billige aber der Schiedsspruch den Arbeitern einen Lohnausgleich zu, der die Werke erheblich über die nur bedingten wirtschaftlichen Vorteile hinaus belastet, die die Werke durch die Sonntagsarbeit erzielen können. Daher müßten die beiden Schiedssprüche über Arbeitszeit und Löhne abgelehnt werden.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen in einer stark besuchten Versammlung in Bochum Stellung zu dem Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Der Schiedsspruch für die Löhne und die Arbeitszeit in der nordwestlichen Gruppe ist für den Deutschen Metallarbeiterverband unannehmbar.

Eine zur Veröffentlichung gelangende offizielle Erklärung von Arbeitgeberseite weist nochmals darauf hin, daß die Ankündigung der Stillegung in der Eisenindustrie aufrechterhalten werde und die Frage der Kündigung noch in keiner Weise entschieden ist.

*

Schiedsspruch für das Niederschlesische Kohlenrevier.

In den Lohnverhandlungen im Niederschlesischen Kohlenrevier wurde der Schiedsspruch gefällt. Danach werden das Waldenburger und das Neuroder Kohlenrevier getrennt behandelt. Es tritt für beide am 1. Januar und am 1. April 1928 eine Lohnerhöhung in Kraft. Beispielsweise werden die Handwerkerschichtlöhne ab 1. Januar um etwa 10 Prozent und ab 1. April um weitere 4 Prozent erhöht.

Dr. Stresemann in Königsberg.

Ostpreußen wird nicht aufgegeben.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt während seiner Anwesenheit in Königsberg mit einer Reihe ostpreußischer Sachverständiger aus Politik und Wirtschaft eine geheime Besprechung ab, die in erster Linie der Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrages gegolten haben soll. Mitteilungen über den Inhalt der Besprechung wurden nicht gemacht. Dann war Dr. Stresemann Gast des Königsberger Oberbürgermeisters Dr. Lohmeyer und des Rektors der Universität, Prof. Dr. Keyserling. Später nahm Dr. Stresemann an einem von der Stadt Königsberg gegebenen Festessen teil, bei welchem er eine politische Ansprache hielt.

Politische Ansprache des Reichsaußenministers.

Dr. Stresemann führte nach einer Rede des Oberpräsidenten, Dr. Siehr, aus, man müsse mit allem Ernst betonen, daß Deutschland ein armes Land sei und daß man auf jeden Fall auch den Anschein vermeiden müsse, daß es anders um Deutschland stehe. Man dürfe nicht mit einer glänzenden Fassade über das Hinterhaus hinwegtäuschen, in dem heute die meisten Deutschen zu leben gezwungen seien. Auf das baltische Gebiet, auf den polnisch-litauischen Konflikt übergehend legte Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein Bekenntnis zum Völkerbund ab, indem er erklärte, daß alles geschehen sei, um die Folgen dieses Konfliktes zu bannen. Der Völkerbund sei eine Methode, die darauf hinziele, eine Verringerung der Rüstungen herbeizuführen, was so namentlich für Deutschland besonders wichtig sei. Schließlich äußerte sich Dr. Stresemann eingehend zu den ostpreußischen Fragen. Er verwies auf Hindenburg, an dem Ostpreußen einen so großen Freund habe, und dessen moralischer Einfluß, wie es ihn wohl seit Jahrzehnten in der Politik nicht mehr gegeben habe, nicht hoch genug veranschlagt werden könne.

Die Tatsache allein, daß am Dienstag zum ersten Male seit Bestehen der Republik das Reichskabinett und das Preußenkabinett gemeinsam tagen werden, beweise, wie ernst man die ostpreußischen Dinge nehme. Der Minister sagte wörtlich:

„Wir haben nicht gelernt, ohne Ostpreußen zu leben. Wenn Sie von jemandem hören, daß Ostpreußen aufgegeben worden sei, so schlagen Sie ihm bitte rechts und links um die Ohren."

Den Schluß der Rede bildete eine Mahnung, sich nicht unbegründetem Pessimismus hinzugeben, sondern in Erinnerung an frühere schwere Zeiten Preußens und in Würdigung der Tatsache, daß die Zeit nach dem Abschluß des Krieges ein allmählicher Weg des Wiederaufstiegs gewesen sei, auf die eigene Kraft und die des Reiches zu vertrauen.

Jungdeutsche Kundgebung.

Aufforderung zum Wahlstreik.

Berlin, 18. Dezember. Der Jungdeutsche Orden veranstaltete heute sein Reichsordenskapitel, in dem vor etwa tausend Führern dieser Organisation die Bekanntgabe des Jungdeutschen Manifestes durch Arthur Mahraun erfolgte. Mahraun betonte, daß für den Jungdeutschen Orden zehn Jahre der härtesten Kämpfe vorübergegangen seien und daß das Ordenskapitel den Beweis bringen wolle, daß der Jungdeutsche Orden allen Anfeindungen zum Trotz lebe. Von den Gegnern sei gesagt worden, daß der Orden wohl gut, sein Führer jedoch schlecht sei. Im Jungdeutschen Orden spiele seine Person überhaupt keine Rolle, sondern er lasse sich von der gemeinsamen Idee leiten. Die Führerfrage sei eine innere Angelegenheit des Ordens, die von ihm selbst bestimmt werde. Der Jungdeutsche Orden knüpfte an die historische Vergangenheit des deutschen Volkes an, und das, was rechts und links nationale Bewegung genannt werde, sei nur ein Zwischenspiel, hervorgerufen durch die Revolution. Der Jungdeutsche Orden wolle die nationale Bewegung mit dem Ziele der Erneuerung aller Dinge in Volk und Staat. **Die deutsche Republik sei in ihrer** demokratischen Form kein Volksstaat sondern eine Geldherrschaft. Der Parlamentarismus sei der Kanal, durch den die Herrschaft der Plutokratie in die Adern des deutschen Volkes geleitet werde. Mahraun legte dann seine Idee des Volksstaates dar, der als das Primäre die Staatsbürgerpflicht jedes einzelnen in den Vordergrund stelle. Wahlenthaltung sei der Generalstreik des Volkes gegen die Herrschaft der Plutokratie. Auf außenpolitischem Gebiet forderte Mahraun Befreiung von dem Versailler Vertrag und Wehrhaftigkeit des Volkes, jedoch unter Ablehnung eines unsinnigen Revanchekrieges. Das jungdeutsche Manifest sei der Oeffentlichkeit übergeben worden, um zu einer Aussprache über die Idee des deutschen Volksstaates zu führen. Der Macht des toten Geldes setze er die Macht der Idee und der wirklich brüderlichen Gemeinschaft entgegen, die alles Trennende beseitige, das Einigende in den Vordergrund stelle. Mahraun ermahnte seine Führer, durch Kleinarbeit im jungdeutschen Sinne dafür zu sorgen, daß der Volksstaat Wirklichkeit werde und Deutschland wieder den Platz unter den Völkern erringe, der ihm gebühre. Nach dem Gesang des Ordensliedes ergriff der Meister des Ordenskapitels, Prof. Dr. Tschirmer (Bielefeld), das Wort. Mit dem Gesang der dritten Strophe des Jungdeutschlandliedes fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

Konflikt Rußland—China.

Gereizter Notenwechsel.

Das heftige Vorgehen der sogenannten Nankingregierung in verschiedenen ihrem Einfluß unterworfenen Städten hat zu diplomatischen Weiterungen geführt. Marschall Tschiangkaischek hat die Mitglieder des Sowjetgeneralkonsulats, der Sowjethandelsdelegation und der Dalbank in Schanghai aufgefordert, bis spätestens Mittwoch Schanghai zu verlassen. Die russischen Gebäude sind von Truppen Tschiangkaischeks abgesperrt worden. In Hankau haben die chinesischen Behörden das sowjetrussische Konsulat besetzen und sämtliche Chinesen und Russen, die in den Räumen angetroffen wurden, verhaften lassen. Danach begann man in der ganzen Stadt mit der Verhaftung verdächtiger Kommunisten. In Kanton soll der sowjetrussische Vizekonsul erschossen worden sein. Die einlaufenden Schreckensnachrichten sind zum großen Teil nicht kontrollierbar, doch scheint die Nankingregierung zum Bruch mit Rußland entschlossen zu sein.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF